

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 M., bei Selbstabholung 1.05 M.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 M., bei Selbstabholung 1.15 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 M., für 1 Monat 1.15 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tautschauer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 000.

Inserate kosten die 7gespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— M., jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— M. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer freilich 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tautschauer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Antwort der Mittelmächte auf die Papstnote.

Die deutsche Antwort auf die Note des Papstes.

Die alldeutsche Presse hat sich unnötig über die Vermutung ereifert, daß die Antwort der deutschen Regierung auf die Friedensnote des Papstes einen Verzicht der deutschen Regierung auf die Annexion Belgiens aussprechen könnte. Diese Note enthält keinerlei positive Angabe über die deutschen Kriegsziele, geschweige denn einen Verzicht auf Belgien. Dennoch bedeutet diese Note einen kleinen Schritt nach vorwärts in der Friedensfrage. Sie enthält wieder das Bekenntnis zu einem internationalen Schiedsgericht und außerdem zu einer Begrenzung der Rüstungen der Großmächte. Das Bekenntnis zum Schiedsgericht hatte der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg bereits im November des vergangenen Jahres ausgesprochen. Neu ist also nur das Einverständnis mit der gleichzeitigen Herabminderung der Rüstungen zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Dieses Bekenntnis bedeutet einen kleinen Schritt vorwärts. Aber eben nur einen kleinen Schritt. Im November 1916 hat sich die deutsche Regierung für ein internationales Schiedsgericht ausgesprochen, im September des Jahres 1917 für eine Begrenzung der Rüstungen. Wann wird sie sich zu einem endgültigen unabweislichen Verzicht auf Annexionen und Kriegsschädigung befehlen? Diese Note bedeutet einen Schritt vorwärts, aber das Tempo dieser Vorwärtswendung ist viel zu langsam, als daß es den Hoffnungen auf baldigen Frieden gerecht wird.

Das Bekenntnis zur Begrenzung der Rüstungen aber bedeutet noch nicht ein Bekenntnis zur Abwägung. Während die Papstnote von der gleichzeitigen Herabminderung der Streitkräfte aller Staaten sprach, spricht die deutsche Note nur von einer Begrenzung der Rüstungen. Begrenzung der Rüstungen aber kann ebenjotig bedeuten Aufrüstung in bestimmtem vereinbartem Tempo.

Es muß weiter als ein Fortschritt verzeichnet werden, daß diese Note nicht in die Form der Polemik gegenüber der Entente verfallen ist, die bei früheren Regierungskundgebungen üblich war. Sie beschränkt sich darauf, den Ausführungen der Note des Präsidenten Wilson über den deutschen Militarismus gegenüber die Friedensliebe Wilhelms II. vom Antritt seiner Regierung bis zum heutigen Tage in längeren Ausführungen zu betonen.

Dieser Note aber fehlt jede positive Äußerung über die deutschen Kriegsziele. Es wäre verfehlt, aus ihrem Wortlaut herauszulesen, daß die deutsche Regierung sich nunmehr zu der Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli bekennt, wie dies Vorwärts und Berliner Tageblatt in einträchtigem Verein in die Note hineinkleben. Der Reichskanzler hat seine Einschränkung des Bekenntnisses zur Friedensresolution des Reichstags bisher noch nicht widerrufen. Immer noch gilt, daß der Reichskanzler auf dem Boden dieser Resolution steht „wie ich sie versteht“. Diese Einschränkung ermöglicht eine Auslegung dieser Resolution selbst im Sinne der wütendsten Alldeutschen. Eben in diesen Tagen führt die alldeutsche Deutsche Zeitung aus, daß man die polnische und die belgische Frage im alldeutschen Sinne lösen könne, ohne gegen die Forderung der Kriegszielresolution des Reichstags „unter Abschneidung des Gedanken an erzwungene Gebietserwerbungen“ zu verstoßen, indem man Polen und Belgien unabhängig mache und ihre Unabhängigkeit dadurch schütze, daß der deutsche Kaiser zugleich König von Belgien und Polen werde. Nach Ansicht der Deutschen Zeitung könne man außerdem sich sehr leicht vorstellen, daß sowohl Belgien, als auch Polen aus eigenem Antrieb sich mit der Angliederung einverstanden erklärten, wenn ihnen und aller Welt, die es wissen wolle, mit Schwert und Feder zum Bewußtsein gebracht werde, daß nur unter diesem deutschen Schutze ihr künftiges Wohlbefinden gebürgt seien. Man ersieht daraus, daß der deutsche Reichskanzler die Friedensresolution des Reichstags verstehen kann, wie er nur will. Aber ferner, daß diese Friedensresolution eine verschwommene und verwaschene Kundgebung ist, die nicht entfernt die klare und unzweideutige Forderung des Verzichts auf jegliche Annexion enthält, eine Kundgebung, zu der sich die deutsche Regierung bekennen könnte, ohne darum auf Eroberungspläne zu verzichten.

Die Antwort der österreichischen Regierung auf die Papstnote zeigt gerade in der Frage der

Kriegsziele einen sehr wesentlichen Unterschied gegen die deutsche Note. Sie erkennt die Vorschläge des Papstes als geeignete Grundlage für die Einleitung von Verhandlungen zur Vorbereitung eines Friedens an. Damit erklärt sie sich für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens wie für den Verzicht auf Kriegsschädigung. Das ist eine sehr bemerkenswerte Kundgebung, die das Schlen einer ähnlichen Erklärung in der deutschen Note um so auffälliger macht.

Nach der deutschen Antwortnote scheint es nicht sehr wahrscheinlich, daß der deutsche Reichskanzler sich bei der Wiedereröffnung des Reichstags in der kommenden Woche bestimmter und ausführlicher über die Kriegsziele der deutschen Regierung aussprechen wird. Er wird die Politik fortsetzen, die vor ihm schon Bethmann Hollweg geübt hat: zu schweigen und damit sowohl den Alldeutschen wie der Reichstagsmehrheit die Möglichkeit zu geben, ihn als einen der Ihren zu betrachten. Nur daß seine wahre Stellung noch viel leichter zu erkennen ist als die seines Vorgängers.

Seine Antwort auf die Papstnote wird dementsprechend sowohl in der alldeutschen Presse als auch in der Presse der Reichstagsmehrheit wohlwollend besprochen. Die Deutsche Zeitung, das Organ der Alldeutschen, protestiert zwar gegen das Bekenntnis zu einem internationalen Schiedsgericht, aber sie reklamiert dennoch diese Note für sich, indem sie schreibt:

„Wie wir erwartet hatten, hat die Note an den Papst, wenn sie sich auch bestimmter Einzelvorschläge für die Friedensverhandlungen aus naheliegenden Gründen enthält, dem verständigen Leser doch auch in der belgischen Frage Aufschluß darüber gegeben, was nicht geschehen kann: die Erklärung eines „Desinteresses“ hinsichtlich Belgiens.“

Sie bezeichnet das als eine Schlussfolgerung aus der deutschen Note und fügt hinzu, die deutsche Regierung sei nicht so unliebenswertig gewesen, diese weitere Schlussfolgerung geradezu auszusprechen. Sie habe eben eine zu hohe Meinung von dem Scharfsinn aller Beteiligten, die sich über diese Note zu unterhalten haben, als daß sie es für nötig hielt, sie der geringen Mühe solch simpler Schlussfolgerung zu überheben.

Der Vorwärts dagegen bezeichnet diese Note als „ein Bekenntnis zu der vielumkämpften Friedensresolution des Reichstags, wie es klarer nicht gedacht werden kann“. Deutscher kann die Inhaltlosigkeit und Auslegungsfähigkeit dieser Note bezüglich der positiven Kriegsziele der deutschen Regierung nicht illustriert werden.

Der offenbare Zweck dieser Note ist, die offene Erklärung über die Annahme oder Verweigerung der Verhandlungsgrundlagen, die vom Papst vorgeschlagen worden sind, der Entente zuzuschleichen. Wie einen Spielball suchen sich die feindlichen Mächte den entscheidenden Schritt zum Frieden zu werfen. Die Ententeregierungen haben erklärt, daß sie ihre Antwort auf die Papstnote erst nach dem Bekanntwerden der Antwort der deutschen Regierung erteilen würden. Die Antwort der deutschen Regierung ist erfolgt. Sie hat nichts vorzudrängen, sie eröffnet aber auch keine begründeten Hoffnungen darauf, daß sie etwas erreichen wird, denn sie schiebt ihrerseits den entscheidenden Schritt der Entente zu. Nach wie vor zeigt sich, daß die Regierungen auf dem Wege zum Frieden keinerlei entscheidende Schritte nach vorwärts ergreifen. Die Friedensbewegung der Völker ist darum immer noch die einzige Hoffnung zur Herbeiführung des Friedens.

im Geiste wahrer Unparteilichkeit die Leiden des Krieges nach Kräften zu lindern und das Ende der Feindseligkeiten zu beschleunigen. Der Kaiser erblickt in dem jüngsten Schritt Seiner Heiligkeit einen neuen Beweis edler und menschenfreundlicher Gesinnung und hegt den lebhaften Wunsch, daß zum Heile der ganzen Welt dem päpstlichen Auf Erfolg beschieden sein möge.

Das Bestreben des Papstes Benedikt XV., eine Verständigung unter den Völkern anzubahnen, konnte um so sicherer auf sympathische Aufnahme und Unterstützung durch Seine Majestät rechnen, als der Kaiser von der Uebernahme der Regierung an Seine vornehmste und heiligste Aufgabe darin gesehen hat, dem deutschen Volke und der Welt die Zeugnisse des Friedens zu erhalten. In der ersten Thronrede bei Eröffnung des Deutschen Reichstags am 25. Juni 1888 gelobte der Kaiser, daß die Liebe zum deutschen Volke und Seine Stellung zu demselben ihn niemals in Versuchung führen würden, dem Lande die Wohlthaten des Friedens zu verkümmern, wenn der Krieg nicht eine durch den Angriff auf das Reich oder dessen Verbündete uns aufgedrungenen Notwendigkeit würde. Das deutsche Volk solle und den Frieden sichern und, wenn er dennoch gebrochen würde, imstande sein, ihn mit Ehren zu erkämpfen. Der Kaiser hat das Gelübde, das Er damals ablegte, in 20 Jahren tapferer Regierung, aller Anfeindungen und Versuchungen ungeachtet, durch Taten erfüllt. Auch in der Krisis, die zu dem gegenwärtigen Weltbrand führte; ist das Bestreben Seiner Majestät bis zum letzten Augenblicke dahin gegangen, den Streit durch friedliche Mittel zu schlichten; nachdem der Krieg gegen Seinen Wunsch und Willen ausgedehnt war, hat der Kaiser im Verein mit Seinen Verbündeten zuerst die Bereitwilligkeit zum Eintritt in Friedensverhandlungen feierlich kundgegeben.

Hinter Seiner Majestät stand in werktätigem Willen zum Frieden das deutsche Volk. Deutschland suchte innerhalb der nationalen Grenzen freie Entwicklung seiner geistigen und materiellen Güter, außerhalb des Reichsgebietes ungehinderten Wettbewerb mit gleichberechtigten und gleichberechtigten Nationen. Ein ungescheitertes Spiel der Friedlichkeit in der Welt miteinander ringenden Kräfte hätte zur höchsten Vervollkommenung der edelsten Menschheitsgüter geführt. Eine unheilvolle Verkettung von Ereignissen hat im Jahre 1914 einen hoffnungsvollen Entwicklungsgang jäh unterbrochen und Europa in einen blutigen Kampfplatz umgewandelt.

In Würdigung der Bedeutung, die der Kundgebung Seiner Heiligkeit zukommt, hat die kaiserliche Regierung nicht verfehlt, die darin enthaltenen Anregungen ernst und gewissenhafter Prüfung zu unterziehen; die besonderen Maßnahmen, die sie in enger Verbindung mit der Vertretung des deutschen Volkes für die Beratung und Beantwortung der aufgeworfenen Fragen getroffen hat, legen davon Zeugnis ab, wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen Seiner Heiligkeit und der Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli d. J. brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.

Mit besonderer Sympathie begrüßt die kaiserliche Regierung den führenden Gedanken des Friedensrufs, worin sich Seine Heiligkeit in klarer Weise zu der Ueberzeugung bekennt, daß künstlich an die Stelle der materiellen Macht der Waffen die moralische Macht des Rechtes treten muß. Auch wir sind davon durchdrungen, daß der frische Körper der menschlichen Gesellschaft nur durch eine Stärkung der sittlichen Kraft des Rechtes gesund kann. Hieraus würde nach Ansicht Seiner Heiligkeit die gleichzeitige Herabminderung der Streitkräfte aller Staaten und die Einrichtung eines verbindlichen Schlichtungsverfahrens für internationale Streitfragen folgen. Wir teilen die Auffassung Seiner Heiligkeit, daß bestimmte Regeln und gewisse Sicherheiten für eine gleichzeitige und gegenseitige Begrenzung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie für die wahre Freiheit und Gemeinlichkeit der hohen See diejenigen Gegenstände darstellen, bei deren Behandlung der neue Geist, der künftig im Verhältnis der Staaten zueinander herrschen soll, den ersten verheißungsvollen Ausdruck finden dürfte.

Es würde sich sodann ohne weiteres die Aufgabe ergeben, ausstehende internationale Meinungsverschiedenheiten nicht durch das Aufgebot der Streitkräfte, sondern durch friedliche Mittel, insbesondere auch auf dem Wege des Schiedsverfahrens entscheiden zu lassen, dessen hohe friedensstiftende Wirkung wir mit Seiner Heiligkeit voll anerkennen. Die kaiserliche Regierung wird dabei jeden Vorschlag unterstützen, der mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist. Deutschland ist durch seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Bedürfnisse auf den friedlichen Verkehr mit den Nachbarn und mit dem fernem Ausland angewiesen. Kein Volk hat daher mehr als das deutsche Ansehen zu wünschen, daß an die Stelle des Allgemeinen Hasses und Kampfes ein verständlicher und brüderlicher Geist zwischen den Nationen zur Geltung kommt.

Wenn die Völker, von diesem Geiste geleitet, zu ihrem Heile erlautet haben werden, daß es gilt, mehr das Einzige als das Trennende in ihren Beziehungen zu betonen, wird es ihnen gelingen, auch die einzelnen noch offenen Streitpunkte so zu regeln, daß jedem Volk befriedigende Lebensbedingungen geschaffen werden und damit eine Wiederkehr der großen Völkermassentrophe ausgeschlossen erscheint. Nur unter dieser Voraussetzung kann ein dauernder Friede begründet werden, der die geistige Wiederauflösung und das wirtschaftliche Wiederaufblühen der menschlichen Gesellschaft begünstigt.

Der Wortlaut der deutschen Antwort.

Berlin, den 21. September 1917.
Die Antwort der kaiserlich deutschen Regierung auf die Friedensresolution des Papstes lautet wie folgt:
Berlin, 19. September 1917.

Herr Kardinal,
Eure Eminenz haben die Geneigtheit gehabt, Seiner Majestät dem Kaiser und König, meinem allergnädigsten Herrn, mit Schreiben vom 2. v. M. eine Kundgebung Seiner Heiligkeit des Papstes zu übermitteln, worin Seine Heiligkeit voll Kummer über die Verheerungen des Weltkrieges einen eindringlichen Friedensappell an die Staatsoberhäupter der kriegführenden Völker richtete. Seine Majestät der Kaiser und König hat geruht, mir von dem Schreiben Eure Eminenz Kenntnis zu geben und mir die Beantwortung aufzutragen.
Zeit geräumiger Zeit verlor Seine Majestät mit hoher Achtung und aufrichtiger Dankbarkeit die Bemühungen Seiner Heiligkeit,